

Sorauer Tageblatt

(Sorauer Wochenblatt)

Sprechnummer 22 und 37

Telegr.: Tageblatt Sorau-Niederlauf

Verlags-Redaktion:
No. 954 Berlin NW. 7

Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Giro-Konto
bei der Reichsbank

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (freibleibend): In Sorau in den Ausgabestellen für Juli 14000 M., ins Haus gebracht 14100 M., auf dem Lande in den Ausgabestellen der nahe Sorau gelegenen Ortschaften 14100 M., der weiter gelegenen 14180 M., ins Haus gebracht 200 M. mehr, durch die Post bezogen 14038 M. einchl. Beleggeld. — Wochentarten, nur in der Geschäftsstelle Einbehalte 2: 3500 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeits-einstellung oder Auslieferung hat der Besteller keinen Anspruch auf Verrückung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise (freibleibend): Die 9-spaltige Kolonettelle für Anzeigen aus Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 200 Mark, für auswärtige Anzeigen 400 Mark; im Restmetzeile die 4-spaltige Kolonettelle je Millimeterhöhe 500 Mark, für auswärts 1000 Mark. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Abgibt nach festem Takt, nur gültig bei Barzahlung innerhalb 10 Tagen; bei letzterer Zahlung, bei Kontofürten und bei Erhebung durch Nachnahme ersticht jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 171

Mittwoch, den 25. Juli 1923

113. Jahrgang

Zwischen London und Paris.

Der diplomatische Kampf zwischen London und Paris ist in vollem Gange. Der englische Entwurf für eine gemeinsame Antwort der Mächte an Deutschland liegt in Paris vor. Über seinen Inhalt wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Es heißt, daß er außer Poincaré und Millerand vorerst niemandem bekannt sei. In der englischen Presse finden sich aber doch Angaben über die wichtigsten Punkte der Antwortnote. Der Hauptnachdruck scheint England nach wie vor auf die Frage der Prüfung der Zahlungsfähigkeit zu legen. Die neueste Sonntagsrede Poincarés beschäftigt sich fast ausschließlich mit diesem Punkt. Poincaré bestätigt also gewissermaßen selbst, daß in dem Kampf zwischen beiden Mächten die Frage der Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands eine entscheidende Rolle spielt.

Aus der Festigkeit der Rede Poincarés in Millers Colloquien kann man weiter schließen, daß die französische Auffassung in diesem Punkte der englischen diametral entgegengesetzt ist. Herr Poincaré antwortet zwar formell Herrn Lloyd George, der angeht des unaufrichtigen Zusammenfranzosen über seine Mißerfolge in der tatsächlich erfolgten modern und rentablen Wiederaufbau der französischen Industrie und die darin liegende Gefahr einer Konkurrenz für die englische Industrie hinweisen hatte. Aber Herr Poincaré meint wohl Herrn Baldwin, wenn er die drohende kriegerische Segemonie Deutschlands an die Wand malte und zum Beweis dessen auf die veritabile Gliederung der deutschen Wirtschaft in Form der großen Konzernbildung hinwies.

Für jeden, der sehen will, ist klar, daß die Zusammenfassungsbewegung der deutschen Industrie ihre Ursache in der durch die französische Politik herbeigeführten, sich verzweifelten wirtschaftlichen Lage Deutschlands hat, welche die Industrie, sofern sie nicht zusammenbrechen will, zur vertikalten Gliederung geradezu zwingt. Nur Herrn Poincaré bleibt es vorbehalten, darin einen Beweis für die ungeschwächte wirtschaftliche Kraft Deutschlands zu sehen und dahinter weiter die Macht der Wirtschaftsstelle zu wittern, demnach ist auch die ganze politische Macht an sich zu reifen, und zwar nicht allein in Deutschland, sondern in ganz Europa oder in der gesamten Welt. Man darf wohl annehmen, daß in England und auch wohl in anderen Ländern niemand auf die Produkte eines überreizten Gehirns hereinfällt, daß man dort vielmehr die wirkliche Lage Deutschlands richtig einschätzt. Aber Poincaré lagte auch jetzt wieder mit unverkennbarer Deutlichkeit, worauf es Frankreich allein ankommt: nicht auf Wiederherstellung einer geordneten Wirtschaft in Deutschland, die doch die Voraussetzung für jede Reparationszahlung sein muß, sondern auf dauernde wirtschaftliche und politische Niederhaltung, um Deutschland ein für allemal als wirtschaftlichen und politischen Faktor der Welt auszuschalten. Deshalb bemüht er sich mit aller Kraft gegen jede Art Nachprüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Der fundamentale Unterschied zwischen der französischen und der englischen Auffassung in der Reparationspolitik wird durch die neue Rede Poincarés wieder groß bekräftigt.

Wenn der „Observer“ davon spricht, daß der Wortlaut des britischen Antwortentwurfs nicht endgültig und unabänderlich sei, daß aber die Hauptgrundzüge der britischen Politik unangetastet bleiben müssen, dann muß man doch sagen, daß es sich hier, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen, um einen Hauptgrundsatz der englischen Politik handelt. Die Rede Poincarés lehnt gerade diesen Hauptgrundsatz ab. Daß diese Rede den begonnenen diplomatischen Verhandlungen einen guten Boden bereitet hat, wird man wohl auch in England nicht behaupten wollen.

Der Ehrhardtprozeß.

Leipzig, 23. Juli. Heute begann vor dem Staatsgerichtshof der Ehrhardtprozeß unter umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen. Von den Angeklagten ist nur

Prinzessin Margarete von Hohenzollern-Hechingen

anwesend. Auf Antrag des Oberreichsanwalts wird beschlossen, die Verhandlung gegen Ehrhardt, Liebig und Professor Schloeser abzutreten und nur gegen die Prinzessin von Hohenzollern zu verhandeln.

Die Angeklagte macht bei ihrer Vernehmung Angaben über ihr Vorleben und gibt an, Ehrhardt auf dem Schloß ihres Vaters in Oberheilingen kennen gelernt zu haben. Zur Zeit des Rapp-Attentats sei sie in Berlin gewesen, doch habe sie über die Rolle Ehrhardts dabei keine rechte Kenntnis gehabt. Nach ihrer Heirat nach München habe sie Ehrhardt nicht getroffen und mit ihm freundschaftlichen Verkehr gepflegt. Zu den Verhältnissen des Vorlebens, daß sie doch gewußt habe, erklärt die Prinzessin, daß sie geglaubt habe, daß Ehrhardt mit der Ausnahme eines anderen Namens ein anderer geworden und daß die Angelegenheit Ehrhardt damit erledigt sei. Der Vorsitzende hält ihr vor, daß sie bekannt worden habe, den Aufenthalt Ehrhardts nicht zu kennen und mit ihm in keiner Verbindung zu stehen. Schließlich erklärt die Angeklagte, daß sie körperlich krank gewesen sei und sich in großer Aufregung befunden habe und daß sie bei ihrer Vernehmung an die Möglichkeit einer Annaherheit nicht gedacht habe.

Es folgt

Die Zeugenvernehmung.

Untersuchungsrichter Dr. Meß schildert die Vernehmung der Angeklagten. Da die Angelegenheit für eine dauernde Verbindung der Prinzessin mit Ehrhardt zu stark waren, bestand ich darauf, daß sie ihre Aussagen beschwöre. Sie weigerte sich zunächst auch aus religiösen Gründen. Inzwischen habe ich von der Volkstribunal erfahren, daß im Hause der Prinzessin ein Herr v. Schwabe wohne. Da dieser vielleicht über den Verkehr der Prinzessin Aussagen machen könnte, lud ich ihn vor. Er kam in Begleitung der Prinzessin. Diese erklärte, ihre Aussagen werden zu wollen, aber nicht religiös. Ich wußte, daß der Prinzessin ein beherzogter Rat nicht von einem katholischen Geistlichen gegeben worden war, und machte sie darauf aufmerksam, daß ein falscher weltlicher Eid nicht weniger fündig sei, als ein falscher religiöser Eid. Die Ausweisung wurde den angehenden Herrn v. Schwabe waren jetzt mangelhaft. Deshalb gab ich ihm den Kriminalkommissar Bescheiden mit, um andere Ausweisungspapiere zu beschaffen. Als Schwabe gegangen war, wurde mir die Mitteilung gemacht, daß der Herr v. Schwabe fortgegangen sei, sei der Konzil Einsmann. Ich wußte aber, daß Konzil Einsmann mit Ehrhardt identisch sei und traf infolgedessen meine Maßnahmen. Der Zeuge

schilberte nun die Entlassung Ehrhardts. Er habe Ehrhardt darauf hingewiesen, daß er die Pflicht habe, die Urteile vor den Folgen eines Meinesds zu bewahren. Darauf habe Ehrhardt der Prinzessin entsprechende Botschaft zukommen lassen. Der Zeuge erklärt, nur durch die Vernehmung auf ihr Standesbenachteiligung gelang es, sie zum Widerruf zu bewegen. Ich halte die Prinzessin, die ohne Vater und Mutter aufgewachsen ist, für ein bedauerndes Opfer ihrer Vernehmung, die unbedeutend unter den Einfluß Ehrhardts, den sie als Helben verehrt, geraten ist. Der Zeuge erklärt weiter, er habe durchaus mit der Möglichkeit eines Falles nicht ein Meinendes gerechnet.

Gegen 1 Uhr tritt eine dreiviertelstündige Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung fand die

Vernehmung des Oberpräsidenten Koos

statt. Dieser gibt ein Bild über die Entlassung und Bildung der Freikorps innerhalb der Reichswehr. Ehrhardt habe es verstanden, mit geradezu jugendlichem Kraft seine Leute für seine Gedankenengänge zu begeistern, wenn auch keine Weisheit dabei nicht unbedingt sein müsse. Bei der Herabsetzung der Marinebrigade habe er (Koos) Anfang März 1921 die Auflösung der Marinebrigade befürwortet. Der Rapp-Wahl sei ein Verzicht zur Würdigung der Diktatur gewesen, und Ehrhardt sollte der Säbel sein. Dem Stabschef, Oberst von Gissa, habe Ehrhardt erklärt, er würde zunächst den Befehlen seiner vorgelegten Generale folgen, nicht aber wenn dieser im Gegensatz zur Reichsregierung stände. Diesen Worten habe Zeuge vertraut.

Von den nächsten Zeugen führt der ehemalige erste Generalstabschef der Brigade Ehrhardt Hauptmann Hansen aus, daß Ehrhardt ihm feierlich gelobt habe, die Brigade handele nur im Rahmen eines größeren Ganzen. Sein Einfluß auf die Truppen sei außerordentlich gewesen.

Der nächste Zeuge, Hauptmann Volkman, gibt an, daß er den Einbruch gehabt habe, daß Ehrhardt sich durch General von Lüttwitz gebunden fühlte, und infolgedessen dem Befehlen der anderen Generale nicht Folge leisten konnte. Dies bekräftigt ein weiterer Zeuge, General von Oberghausen, und fügt hinzu, daß Ehrhardt gelobt habe, er würde nicht marschieren, weil auch andere Truppen marschieren würden. Davon, daß Lüttwitz keine Befehlsbefugnis mehr gehabt habe, habe Ehrhardt nichts gemerkt, und es sei ihm auch nichts davon gesagt worden. Im weiteren Verlauf des Verfahrens führte der Zeuge zugunsten Ehrhardts an, daß dieser sich nach einer Unterredung mit dem General von Seeck wieder der alten Regierung mit seiner Brigade zur Verfügung gestellt habe. Weitere Zeugen, Leutnant von Bod und Generalleutnant von Hüllen, bezeugen, daß sie vergeblich versucht hätten, Ehrhardt von seinem Vorhaben abzurufen, doch habe dieser dem Befehl des Generals von Lüttwitz unbedingt Folge leisten wollen. Nächste Sitzung Dienstag.

Der „Antifalschitentag“.

Am 29. Juli holen die Kommunisten in ganz Mitteldeutschland unter dem Vorwand gegen den Faschismus zu protestieren, zu einem erneuten Schlage gegen das deutsche Vaterland aus. Mit allen Mitteln werden die Vorbereitungen dazu getroffen. Wenn alles nach den Plänen der Kommunisten vor sich geht, dann stehen wir mitten in einer neuen Revolution.

Eine Berliner Korrespondenz bringt die Mitteilung, der preussische Innenminister beabsichtige, die Abhaltung des „Antifalschitentages“ in Potsdam zu verbieten, da mit der Möglichkeit von Zusammenstößen zu rechnen sei.

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ dazu von unterirdischer Seite hört, trifft diese Nachricht nur insoweit als der preussische Innenminister augenblicklich prüft, welche Haltung den Demonstrationen gegenüber einzunehmen sei.

S Hannover, 23. Juli. Antlich wird mitgeteilt: Am 29. Juli wollen die Kommunisten große Demonstrationen veranstalten. Mit Gegenüberstellungen ist zu rechnen. Die Berichte der Zeitungen und gewisse Vorbereitungen, von denen der Oberpräsident Kenntnis erhalten hat, haben diesen veranlaßt, mit Rücksicht auf die gespannte Lage die Regierungspräsidenten anzuweisen, im gesamten

Bereich der Provinz Hannover zum Zweck der Aufrechterhaltung der gefährdeten Ruhe und Ordnung die Veranstaltung von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel, ganz gleich welcher Parteien und Organisationen, am 29. Juli zu verbieten.

Münden, 23. Juli. Die zu einer Arbeitsgemeinschaft zumammengeschlossenen vaterländischen Verbände haben infolge der von den Kommunisten geplanten Demonstration eine Entschloßung gefaßt, in der es u. a. heißt: Das in der Arbeitsgemeinschaft vaterländischer Verbände vereinigte Bürgerturn ist nicht gewillt, sich die kommunistischen Uebergriffe noch länger bieten zu lassen. Sollte ein Verbot der Umzüge nicht erfolgen oder sollten die Umzüge trotz eines Verbotes stattfinden, so wird die Mündener Bürgergesellschaft auf dem Volke fern und sich selbst zu schützen wissen.

Befehl aus Moskau.

Salle, 22. Juli. Die vaterländischen Vereine planen die Wiedererrichtung des zerstörten Volkstheatergebäudes am 2. September durch eine vaterländische Kundgebung zu begehen, wozu auch General Ludendorff sein Erscheinen zugesagt hat. Der „Kalenblatt“ ist darüber sehr empört, daß der Ludendorff persönlich anwesend sein wird. Schließlich stellt das Blatt die ganze Frage, indem es den vaterländischen Verbänden empfiehlt, nicht bis zum 2. September zu warten, da noch einem Fünftel aus Moskau bis dahin die bolsewistische Katerrepublik ausgerufen sein muß. Wird die halbesche Arbeiterkraft diesen Befehl nicht nachkommen, so wird das ganze Zentral untergründet und so mit den monachistischen Gassenbubakern am 2. September in die Luft gesprengt. Hoffentlich nimmt sich der Staatsanwalt dieser Besorgnisse an.

Allmählich wird es doch wohl selbst der Naivität begreifen, was der kommunistische „Antifalschitentag“ am 29. Juli zu bedeuten hat.

Die innere Anleihe.

Wie wir bereits mitteilen konnten, plant das Reich die Ausgabe einer inneren Anleihe, um das Bedürfnis weiterer Volkstheile nach selbstständigen Anlagen zu befriedigen.

Die Verhandlungen, die zu diesem Zweck führen sollen, haben am Montag vormittag im Reichsfinanzministerium begonnen. Den Vorsitz führt Reichsfinanzminister Dr. Seren. Im den Beratungen nehmen außer dem Vertreter des Reichsbank und eine Reihe von Vertretern der Großbanken teil.

Von zuständiger Stelle erhalten wir die Mitteilung, daß der Reichswirtschaftsminister die Reichsbank ermächtigt hat, Termingeschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarschankungen ohne Einhaltung der Einheitskurve abzuschließen, sowie Depositionen zu gestalten, nach näherer Bestimmung der Reichsbank für deren Rechnung Terminkäufe abzuschließen.

Le Trocquers „Inspektion“.

Die Dortmunder Union-Metallwerke befeht.

Paris, 23. Juli. Nach einer Savas-Meldung aus Düsseldorf besichtigte Le Trocquer gestern die Krupp-Werke in Gesehof, die die Franzosen vor einiger Zeit befehlt hatten, um dort 21 000 Tonnen sowie 60 000 Tonnen Rohlen und Briketts zu beschlagnehmen. Wie „Echo National“ schon am Tage vor der breite Le Trocquers vorausgeschickt hat, ist der Minister von seiner Rundreise befreit. Der Minister behauptete, daß die im Auftrage befindlichen Rohstlager auf etwa 1 1/2 Millionen Tonnen zu schätzen seien, was reichlich genügen würde, um die Bedürfnisse der französischen und der belgischen Metallindustrie bis Januar zu befriedigen.

Wie Savas aus Dortmund meldet, sind die Metallwerke der Dortmunder Union gestern ohne Zwischenfall befehlt worden.

Stillegung des Essener Telegraphenamts.

Nach einer Meldung aus Essen haben die Franzosen gestern vormittag den ge-